

Verhalten der US-Regierung ist Wasser auf ihre Mühlen. In jüngster Zeit taucht in den Lavalas-Mitteilungen die Losung auf, die Hoffnungen auf internationale Lösungen mit Hilfe der UN oder der OAS zu begraben und statt dessen auf den bewaffneten Kampf zu setzen. Auch Präsident Aristide wird dabei kritisiert, weil er zu wenig offensiv sei und zuviel Vertrauen in die US-Regierung gesetzt habe. Als warnendes Fanal dieser Strömung ist auch der Ende Dezember 1993 verübte Mord am Schatzmeister der FRAPH, *Issa Paul*, zu verstehen. Er zeigt, daß auch das populäre Lager zu Gewalttaten bereit ist, wenn ein anderer Lösungsweg versperrt bleibt.

Am anderen Ende des Oppositionslagers haben sich moderate Kräfte wie der ehemalige Ministerpräsident Malval von Aristide distanziert, weil dieser sich nicht in der Lage zeigte, das Abkommen zu retten. Malval ist wie die meisten der nicht allzu zahlreichen Geschäftsleute Haitis zwar ein entschiedener Gegner der korrupten militärischen Clique, gleichzeitig jedoch hält er den Kurs Aristides, auf Biegen oder Brechen wieder an die Macht zu gelangen, für schädlich. Daß der Präsident die Verschärfung des Embargos gegen sein Land fordert, obwohl die Versorgung mit Medizin und Nahrungsmitteln mittlerweile mehr als kritisch ist, können die Mitglieder des schmalen haitianischen Mittelstandes nicht nachvollziehen. Sie setzen auf ein Ende des Embargos und eine nationale Versöhnungskonferenz, zu der Malval im Dezember in den letzten Tagen seiner Amtszeit aufgerufen hat. Um dieser Haltung Ausdruck zu verleihen, riefen sie am 28. Januar einen zweiwöchigen Generalstreik aus.

Die Position der Unternehmer deckt sich mit derjenigen der Mehrzahl der *katholischen Bischöfe* Haitis. Die sich zuspitzende Verelendung und der sinkende politische Einfluß Aristides geben ihnen Gelegenheit, sich wieder zu Wort zu melden. In ihrer Weihnachtsbotschaft sprachen sie von Tausenden von Kindern, die aufgrund des Embargos vom Tod durch Hunger und Krankheiten bedroht seien. Auch wenn politische Sanktionen gerechtfertigt seien, sei das Embargo

gegen Haiti doch kein Weg, die Probleme des Landes zu lösen, lautete das Fazit der unmißverständlichen Botschaft. Unterstützung erfuhren die Bischöfe durch den Essener Weihbischof *Franz Grave*, der als Chef des Hilfswerkes Adveniat das Land im Februar besuchte. Nach seiner Rückkehr schilderte er vor der Presse die Elendszustände in Haiti in drastischen Bildern und rief ebenfalls zu einem Ende des Embargos auf. Ob allerdings die Haltung der katholischen Hierarchie irgendeinen Einfluß auf die Lösung der Krise haben wird, ist zweifelhaft. In weiten Teilen der Bevölkerung ist die Kirche noch immer diskreditiert, weil der Vatikan das Putschistenregime als einziger Staat formell anerkannt hat. Außerdem ist die Kirche in dem vom Voodoo-Kult geprägten Volk nach wie vor nicht wirklich verwurzelt. Die Rolle einer unumstrittenen Autorität jenseits der politischen Lager, wie sie der Kirche in vielen lateinamerikanischen Ländern zukommt, kann sie in Haiti nicht ohne weiteres übernehmen.

Ein Ausweg aus der schier endlosen Krise des geplagten Landes in der Karibik ist nicht in Sicht: Putschgeneral Cedras und Exilpräsident Aristide sorgen als politische Antagonisten dafür, daß es kein Fortkommen gibt. Nach dem Rücktritt Malvals im Dezember gab es nicht einmal mehr eine nominelle Regierung im Land. Der institutionelle, wirtschaftliche und ökologische Verfall des Landes schreitet immer weiter voran. Augenzeugen berichten, daß selbst innerhalb der Sicherheitskräfte Rivalitäten und Bandenbildung voranschreiten, so daß auch bei der politischen Rechten der Ruf des Putschgenerals Cedras als eines mit harter Hand durchgreifenden „Retters des Vaterlandes“ angekratzt ist. Die USA spielen unterdessen auf Zeit. Hoffnungen der Lavalas-Anhänger auf Hungerrevolten sind nicht sehr vielversprechend, da diese von den gut bewaffneten Truppen niedergeschlagen werden können. Die Lage ist so verzweifelt, daß seit einigen Monaten sogar Gerüchte über eine bevorstehende Rückkehr des gestürzten Jean-Claude Duvalier aus dem französischen Exil in Haiti die Runde machen.

Ludwig Ring-Eifel

Kurzinformationen

Mahnungen Johannes Pauls II. beim Staatsbesuch des Bundespräsidenten

Der letzte Staatsbesuch seiner Amtszeit als Bundespräsident führte *Richard von Weizsäcker* am 3. März in den Vatikan. Dabei würdigte Johannes Paul II. das deutsche Staatsoberhaupt

als ersten Bundespräsidenten aller Deutschen: Er habe als überzeugter Christ und durch seine Haltung als Staatsmann ein „beredtes Zeugnis dafür gegeben, daß gesellschaftliches und politisches Handeln ohne Rückbezug auf eine höchste Autorität Gefahr läuft, aus der Verankerung zu geraten und seine unabdingbare und existentielle Rückbindung zu verlieren“. Jo-

hannes Paul II. bezeichnete es als Aufgabe der Kirchen wie auch aller verantwortlichen Kräfte in Staat und Gesellschaft, die „Rolle des Identitätsstifters“ angesichts fehlender Orientierungshilfen und geistiger Heimatlosigkeit zu übernehmen. Im öffentlichen Leben gelte es großen und gefährlichen Versuchungen zu widerstehen: „Die Debatte über den Lebensschutz

etwa kann bisweilen auch bei christlichen Politikern die Angst vor dem klaren Wort des Widerspruchs mit sich bringen, wenn der Eindruck entsteht, eine demokratische Mehrheit sei für die Tötung bedrohten und schutzbedürftigen, ungeborenen oder sterbenskranken menschlichen Lebens.“ Deutschland sei aufgerufen, sich nicht auf Wege zu begeben, „die jene lebenswichtigen Werte verletzen, die von den uns vorausgegangenen Generationen als lebenswichtig anerkannt wurden“. Der Verlust vorgegebener Wertmaßstäbe, so der Papst, könne niemals ein Schweigen des Politikers rechtfertigen, der sich Gott gegenüber für die Menschen und die sittliche Ordnung verantwortlich wisse. Johannes Paul II. dankte der Bundesrepublik ausdrücklich für die Aufnahme einer großen Zahl von *Asylanten*. „Deutschland hat in der Tat mehr Flüchtlinge aus Krisengebieten aufgenommen als alle anderen europäischen Länder zusammen.“ Richard von Weizsäcker hob in seiner Ansprache bei der Papstaudienz hervor, der erste Artikel des Grundgesetzes mit seiner Aussage über den Schutz der Menschenwürde bleibe Grundlage und Ziel der deutschen Politik nach innen und außen. Nicht nur die Menschen im Osten hätten mit den ethisch-moralischen Konsequenzen des Systemwandels zu ringen, sondern der ganze Westen sei bisher mit den „Gefahren einer ethischen Beliebigkeit in der Demokratie“ keineswegs fertig geworden.

Wort der deutschen Bischöfe zu den Wahlen des Jahres 1994

Bei ihrer Frühjahrsvollversammlung vom 21. bis 24. Februar im Kloster Reute (Oberschwaben) verabschiedete die Deutsche Bischofskonferenz ein „Wort“ zu den Wahlen des Jahres 1994. Es nimmt zur allgemeinen Stimmungslage Stellung und spricht dann einzelne Politikfelder knapp an. Die Bischöfe weisen darauf hin, daß es leicht sei, auf Politik zu schimpfen, aber schwer, gute Politik zu machen: „Darum haben wir allen Grund, denje-

nigen zu danken, die sich der politischen Verantwortung gestellt haben und stellen.“ Wer nicht zur Wahl gehe, bleibe dennoch mitverantwortlich; er müsse damit rechnen, indirekt radikale Kräfte zu unterstützen. Zum Problem der *hohen Arbeitslosigkeit* heißt es in der Erklärung, erworbene Besitzstände müßten ehrlich überprüft werden. Der Ruf nach weiteren staatlichen Interventionen führe nicht weiter, eine zusätzliche Verschuldung der öffentlichen Haushalte sei nicht vertretbar. Es brauche „neue Wege und kreative Antworten“. Die Bischöfe beklagen die sich ständig verschlechternde Lage der *Familie* und fordern die Herstellung der Gerechtigkeit in diesem Bereich. Die wachsende *Bereitschaft zu Gewalt und Kriminalität* mache bewußt, wie zerbrechlich die Voraussetzungen unseres Zusammenlebens seien. In diesem Zusammenhang wird auf den Gottesbezug verwiesen: „Wenn in einer Gesellschaft das Gespür für das Geheimnis Gottes verlorengeht, geht auf Dauer auch das Gespür für das Geheimnis des Menschen verloren. Eine Gesellschaft, die es sich leistet, was heilig ist, lächerlich zu machen, darf sich nicht wundern, daß auch die Achtung vor der Würde des Menschen schwindet.“ Erinnert wird in dem Wort zu den Wahlen auch an den *umfassenden Schutz des Lebens* als verpflichtende Aufgabe von Staat und Gesellschaft. Die Gesellschaft werde auch in Zukunft nur ein menschliches Gesicht behalten, „wenn sie schwache, kranke, behinderte und pflegebedürftige Menschen annimmt, wenn sie sich verantwortlich weiß für Menschen, die an den Rand geraten sind, und für jene, die sich in einer Leistungsgesellschaft nicht allein behaupten können“. Die Bischöfe rufen dazu auf, den *europäischen Einigungsprozeß* nicht in Frage zu stellen und Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in ganz Europa zu fördern. Wer an Leib und Leben und Freiheit bedroht sei, müsse in Deutschland Schutz finden. „Auch wenn wir nicht alle Probleme lösen können, schulden wir den Menschen, die hilfesuchend in unser Land gekommen sind, Achtung ihrer Würde.“

Papst kritisiert Europäisches Parlament wegen Homosexuellenresolution

Als „moralisch unannehmbar“ und als Versuch, eine „moralische Unordnung“ zu legitimieren, verurteilte Johannes Paul II. die Forderungen einer Ende Februar verabschiedeten Resolution des Europäischen Parlamentes. In der vom Ausschuß für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten erarbeiteten EntschlieÙung „über die Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben“ wurde die Europäische Kommission aufgefordert – mit ausdrücklichem Hinweis auf das Gesetz über „registrierte Partnerschaften“ in Dänemark von 1989 (nach diesem Gesetz können zwei gleichgeschlechtliche Personen ihre Gemeinschaft beim Standesamt registrieren lassen) –, auf die Beseitigung einiger Schwule und Lesben diskriminierende Mißstände hinzuwirken. Darunter: die „Nichtzulassung von homosexuellen Paaren zur Eheschließung oder entsprechenden rechtlichen Regelungen und Vorenthalten der vollen Rechte und Vorteile, wie sie sich aus Eheschließungen ergeben, und der amtlichen Eintragung der Lebensgemeinschaft“ und der „Beschneidung des Rechts von Schwulen und Lesben auf Elternschaft oder Adoption und Erziehung von Kindern“. Vor dem Angelusgebet am 20. Februar rief der Papst die Nationen Europas auf, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen und die Gesellschaften vor dieser „grundlegenden Gefahr“ zu beschützen. Von einem „Attentat auf die Natur der Familie und der Ehe“ sprach der Präsident des Päpstlichen Familienrates, Kardinal *Alfonso Lopez Trujillo*. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof *Karl Lehmann*, warf in einer Predigt während der Frühjahrsvollversammlung der Bischofskonferenz dem Europäischen Parlament mit Hinweis auf alttestamentliche Belege der Verurteilung homosexueller Praxis vor, es stelle die Wertordnung auf den Kopf, „weil es die Wurzeln Europas nicht mehr kennt“. Er wolle keine Diskri-

minierung von Homosexuellen, aber auch keine rechtliche Anerkennung von sogenannten Ehen gleichgeschlechtlicher Paare.

Die Schweizer Bischofskonferenz steht zu den kirchlichen Einrichtungen

Auf ihrer Frühjahrsversammlung vom 28. Februar bis 2. März erließ die Schweizer Bischofskonferenz einen Aufruf zur Unterstützung der diesjährigen *Fastenopfer-Aktion*. Das ist um so bemerkenswerter, als der Rechtskatholizismus dieses Jahr besonders scharf gegen die gemeinsame Aktion von Fastenopfer (römisch-katholisch), „Brot für alle“ (evangelisch) und „Partner sein“ (christkatholisch) Front gemacht hat. In einem Leitartikel der rechtskatholischen „Schweizerischen Katholischen Wochenzeitung“ hat sogar der vom Bischof von Chur für pastorale Fragen beauftragte Domkapitular *Christoph Casetti* in populistischer Manier gegen das Fastenopfer polemisiert. Dagegen steht nun die

Einladung der Schweizer Bischofskonferenz an alle Kirchgemeinden und Pfarreien, „ihre uneingeschränkte Solidarität mit dem Fastenopfer zu bezeugen und zu leben“. Die Bischofskonferenz hatte sich ansonsten mit zahlreichen Themen zu befassen. So nahm sie den Jahresbericht 1993 ihrer Kommission *Justitia et Pax* entgegen und würdigte dabei deren engagierten Einsatz für die drängenden Probleme unserer Zeit; die Kommission wurde zudem beauftragt, zu den Volksabstimmungsvorlagen „Erleichterte Einbürgerung für junge Ausländer“ und Bundesgesetz über „Schweizerische Truppen für friedenserhaltende Operationen“ Entscheidungshilfen zu erarbeiten. In Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Ausländerfragen (SKAF) hat die Bischofskonferenz eine Entscheidungshilfe für die Fremdsprachigenseelsorge verabschiedet, die Kriterien für die Errichtung, Zusammenlegung oder Aufhebung von Missionen für Fremdsprachige in der Schweiz festhält. Ferner hat sich die Bischofskonferenz mit dem Präsidium

der Römisch-Katholischen Zentralkonferenz (RKZ) – des Zusammenschlusses der öffentlich-rechtlichen Kirchenorganisationen – getroffen, um die gegenseitige Zusammenarbeit zu festigen. Auf der anschließenden Pressekonzferenz kamen diese Tagesordnungspunkte aber nur beiläufig zur Sprache. Zum einen wurden zwei römische Dokumente vorgestellt: der emeritierte Weihbischof von Lausanne, Genf und Freiburg, *Gabriel Bullet*, stellte den Brief Johannes Pauls II. an die Familien vor (vgl. ds. Heft, S. 172) und der Freiburger Alttestamentler *Adrian Schenker*, Mitglied der Päpstlichen Bibelkommission, das Dokument „Die Interpretation der Bibel in der Kirche“ (vgl. HK, Januar 1994, 10ff.). Zum anderen legte Weihbischof *Bullet* anlässlich seiner Emeritierung einen Rückblick auf seine bischöfliche Tätigkeit, die vor fast einem Vierteljahrhundert begonnen hatte, vor. Dabei betonte er namentlich den Wandel der Mentalitäten und den Umbruch der pastoralen Strukturen, das gewachsene Laienengagement wie die neue „Abneigung gegenüber den Kirchen“.

Bücher

JOHN MCMANNERS (Hg.), *Geschichte des Christentums*. Aus dem Englischen v. Wolf Dietrich Müller, Campus Verlag, Frankfurt – New York 1993, 743 S., 198,- DM.

Umfassend und schnörkellos, solide und zugleich spannend informiert dieses Sammelwerk englischer Theologen, Historiker und Gelehrter anderer Disziplinen über die beinahe zweitausendjährige Geschichte des Christentums. Bereits 1990 englischsprachig als „*The Oxford Illustrated History of Christianity*“ erschienen, besticht dieses kompendiäre Werk vor allem durch sein reiches Bild- und Kartenmaterial, wobei knappe Texte diese Beigaben

hervorragend erschließen. Die enorme Stofffülle ist in drei große Blöcke gegliedert, deren erster etwa die Hälfte des Buches umfaßt. Er beschreibt den Weg des Christentums „Von den Anfängen bis 1800“. Dabei wird sattsam Bekanntes (z. B. der Investiturstreit oder Grunddaten der Reformation) bewußt knapp behandelt, während Randthemen (wie das Verhältnis von Christentum und Islam, die Geschichte der östlichen Christenheit oder die christliche Expansion in der Neuzeit) ausführlich thematisiert werden. Zugunsten größerer Linien wird dabei auf jede Detailverliebtheit verzichtet, was durchaus sympathisch wirkt. Dennoch hätte wohl das prekäre Verhältnis von

Juden und Christen, aber auch die gestaltende Rolle des Papsttums und des Mönchtums im Frühmittelalter ausdrückliche bzw. stärkere Beachtung verdient. Im zweiten Block, der die letzten beiden Jahrhunderte beschreibt und gut 200 Seiten umfaßt, streift der Blick über die geographischen Räume von Europa, Nord- und Lateinamerika, Afrika und Asien und vergißt auch die orthodoxen Kirchen Osteuropas nicht. Mit der Gegenwart des Christentums befaßt sich der letzte Teil, wobei neben die christliche Gemeinschaft und die Moral des Christentums die Frage nach dessen Zukunft tritt. Die mutige Beschränkung auf die Geschichte hätte dem hohen